

## Ä5 Umwelt, Klima, Natur- und Tierschutz – nicht reden, handeln!

Antragsteller\*in: Bernhard Dr. Ziegler (Frankfurt-Oder KV)

### Text

Von Zeile 2467 bis 2468 einfügen:

Querschnittsthema in allen Plänen, Konzepten und Handlungsfeldern werden. Wir wollen, dass Frankfurt (Oder) bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 0 reduziert.

Über die Stadtplanung kann mit baulichen Vorgaben in den Bebauungsplänen der Nutzungsgrad erneuerbarer Energie wesentlich erhöht werden. So etwa durch Anschluss- und Benutzungsgebot in Neubaugebieten. Die Qualität der Luft kann durch Untersagung bestimmter Heiztechnologie verbessert werden. So ist die Genehmigung von zusätzlichen Ofenheizungen bzw. Kaminofen eine Quelle für verschiedene gesundheitsschädliche Substanzen wie beispielsweise Stickoxide, organische Verbindungen und Feinstaub.

Über städtebauliche Verträge im Wohnungs- und Gewerbebau können kommunale Energiekonzepte frühzeitig ganzheitlich verankert werden. Auch der Eigenheimbau muss dringend qualifiziert werden. Dazu könnten Wettbewerbe und Bauherrngemeinschaften beitragen.

Um zusätzliche Potenziale im privaten Gebäudebestand zur Minderung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen zu erschließen, schlagen wir eine aktivierende Beratung aus einer Hand vor. Über ein integriertes Konzept soll die verstärkte Mitwirkung der Mieter und Eigentümer erreicht und die einzelnen Maßnahmen so aufeinander abgestimmt werden, dass insgesamt ein optimales Ergebnis zu erwarten ist. Sie sollen keinesfalls unververtretbare Mieterhöhungen zur Folge haben.

Dies kann Maßnahmen umfassen

\* zur Wärmedämmung mit baubiologisch einwandfreien Materialien im Zusammenhang mit einem Lüftungskonzept, um Schimmelbildung zu vermeiden,

\* effizientere Heizungsanlagen mit Gas-Brennwerttechnik,

\* Umstellung auf Kraft-Wärme-Kopplung,

\* Installation von Solaranlagen zur Stromerzeugung auf allen geeigneten Flächen und Solardachziegel,

\* Installation von Wärmepumpen.

Gleichzeitig soll geklärt werden, welche Fördermöglichkeit zur Verfügung stehen und welche behördliche Genehmigungen erforderlich sind.

Ebenso sollten die in der Stadt bereits vorhandenen Beratungsangebote oder die nationale Beratungsstelle für bauwerkintegrierte Photovoltaik (BAIP) des Helmholtz-Zentrum Berlin genutzt werden.